

# Märkische Linke

Infoblatt - *Die Linke*. - Ostprignitz-Ruppin

November 2011

11/2011

Vom Parteitag in Erfurt am 21. - 23. Oktober

## Wir haben geliefert: unsere Partei hat ein Programm



Mit großer Einmütigkeit und Zuversicht haben wir uns zu dem Programm bekannt und haben damit alle gemeinsam der Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland ein aktuelles Kapitel hinzugefügt.

Es liegt nun an uns, den schwierigen gesellschaftlichen Umgestaltungsprozess praktisch zu gestalten. In Erfurt wurden unter dem Jubel der vielen Delegierten, der Gäste und Mitglieder dafür die theoretischen Richtlinien gelegt. Dieses Programm legen wir nun den Mitgliedern zum Entscheid vor. Es unterscheidet sich von den Programmen aller wichtigen Parteien und maßgebend ist, **wie** es sich unterscheidet!

Überwindung des Kapitalismus auf demokratischer und rechtsstaatlicher Grundlage. Konsequente Friedenspolitik. Vergesellschaftung der wichtigen Bereiche der Daseinsvorsorge, der Schlüsselindustrien und Finanzkonzerne nach dem Grundgesetz. Lösung der Wirtschafts- und Finanzkrise durch demokratische Vertiefung der europäischen Integration im Interesse von 99 % der Bevölkerung. Verbot der Spekulation mit unrealen Werten, Finanzprodukten, Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Abschaffung von Hartz IV und der Rente mit 67. 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und Teilhabe gleichberechtigt aller Menschen in unserem Lande unabhängig von Geschlecht, Alter, Religion, Weltanschauung, Nationalität, Behinderung und sexuelle Orientierung. Konsequenter Antifaschismus und Antinationalismus durch Bekämpfung des Neofaschismus

und rechten Populismus. Der Schutz unserer Lebensgrundlagen durch nachhaltige Bewirtschaftung und Schutz der natürlichen Ressourcen.

Das Programm ist lang, vielleicht zu lang und vielleicht zu ausführlich, aber jede und jeder kann und soll sich finden. Allen Menschen, die an eine freie und gerechte sozialistische Zukunft glauben und dafür eintreten wollen, können wir ein gemeinsames Angebot machen. Das ist gelungen. Eine Spaltung der Partei an »Prinzipien« hat nicht stattgefunden. Der Kampf für eine bessere Zukunft kann auf jeder Ebene geführt werden. In der Arbeitswelt und im täglichen Leben sollte nun jede Genossin und jeder Genosse z.B. im Betrieb, im Wohngebiet, im Dorf, in der Schule, beim Friseur und in der Kneipe ganz offen und freimütig über unsere Geschichte, unseren Weg und unsere Ziele sprechen. Das ist besonders gegenüber den jüngeren Generationen von größter Wichtigkeit. Wir als Partei haben aus unserer Geschichte die notwendigen Lehren gezogen und verfügen über einen reichen Erfahrungsschatz, der uns vor revolutionärem Übereifer, vor Illusionen, vor Intoleranz und Besserwisserei hoffentlich bewahren wird. Wir sind nicht Avantgarde, sondern vollständig Teil dieser Gesellschaft, die wir auf fester theoretischer und materieller Grundlage Schritt für Schritt mit der Mehrheit der Bevölkerung verbessern wollen.

Ein Delegierter sprach es auf dem Parteitag aus: Zuhören, ständig lernen, die tatsächlichen Probleme der Menschen diskutieren und gemeinsam an Lösungen

arbeiten.

Demokratie und Toleranz - damit fangen wir am besten in der Partei selbst an. Die derzeitige schwierige Lage können wir auch wieder überwinden, wenn wir tatsächlich ein junges, optimistisches, offenes und ehrliches Klima in unseren Reihen anstreben. Hier bedarf es auch struktureller und institutioneller Maßnahmen und Methoden für nachhaltig positive Veränderungen in unserem Innenverhältnis. Die Menschen spüren, ob wir es ehrlich meinen und wir uns tatsächlich einig sind oder ob unsere Politik(er) von Karrieregeilheit, Geltungssucht und Habgier geprägt sind. Dann unterscheiden wir uns als sozialistische Partei nicht von den anderen etablierten Parteien und es baut sich Protestpotenzial anderswo verankert auf.

Die Hinweise zur Satzung, wo es um die Beschränkung der Zeiten für Wahlämter der Berufspolitiker, Mandats- und Funktionsträger und der hautamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geht, sollten wir sehr ernst nehmen. Die Macht in der Demokratie ist immer nur geliehen und im Wechsel liegen Möglichkeiten der Veränderung.

In diesem Sinne Danke ich Euch ganz persönlich für Euer Vertrauen und freue mich, wenn nun andere, jüngere aus unseren Reihen zum nächsten Parteitag delegiert werden.

Kontakt: Tel.: 0171 2335179 - E-Mail: [enno.rosenthal@t-online.de](mailto:enno.rosenthal@t-online.de)

Enno Rosenthal

Kurz notiert

## Julius-Rumpf-Preis fürs MittenDrin

Das »Jugendwohnprojekt MittenDrin« steht als Preisträger für den Julius-Rumpf-Preis 2012, der mit 10.000 Euro dotiert ist, fest - Glückwunsch!

»Bei MittenDrin ist vieles möglich, aber nichts beliebig«, begründet Michael Karg, Vorsitzender der Martin-Niemöller-Stiftung, die Entscheidung des Kuratoriums. »Wir erlebten bei unserem Besuch im Sommer ein äußerst lebendiges, offenes Jugendzentrum. Es wird getragen von einem großen Respekt untereinander und gegenüber Fremden, aber auch von einer Haltung, die rassistischem und menschenfeindlichem Gedankengut entschieden entgegentritt. Das und das kontinuierliche Engagement haben uns sehr beeindruckt.«

Mit dem Julius-Rumpf-Preis zeichnet die Martin-Niemöller-Stiftung seit dem Jahr 2000 Einzelne oder Gruppen aus, die für Toleranz, gewaltfreie Konfliktlösungen, Mitmenschlichkeit und Versöhnung eintreten.

Der Kreisvorstand OPR und der Stadtvorstand Neuruppin gratulieren im Namen aller ganz herzlich und wünschen weiterhin Stehvermögen und viel Erfolg bei eurer wichtigen Arbeit mit den Jugendlichen.

Die Preisverleihung soll im Frühjahr in Neuruppin stattfinden.

Jürgen Schubert

## Interessante Landwirtschaftskonferenz

Am Dienstag, den 15. November 2011 findet von 17 bis 20 Uhr in Bluhms Hotel und Restaurant in Kyritz eine sicher spannende Beratung statt. »Märkische Landwirtschaft-Erfolgsgeschichte oder Fehlentwicklung?« ist das Thema - eine Fortsetzung der Reihe »Der Brandenburger Weg«. Bekanntlich wird dieser gegenwärtig viel von den Medien und anderen politisch strapaziert und negativ bewertet. Umso notwendiger sind klare Worte auf

dieser Konferenz, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Landtagsfraktion der LINKEN veranstaltet wird.

Unsere Bundestagsabgeordnete Dr. Kirsten Tackmann wird den Einführungsvortrag halten. Auch der Landesbauernverband und Praktiker aus der Landwirtschaft werden vertreten sein. In einer Podiumsdiskussion sollen viele zu Wort kommen.

## Was sonst noch passiert

### Die Entdeckung der CDU

Ende Oktober hat Frau Merkel in ihren Kreisen den Auftrag gegeben, so war im Rundfunk zu hören, einen flächendeckenden Mindestlohn für alle Branchen auszuarbeiten.

Es ist wohl auch von der Regierungspartei nicht mehr zu übersehen, dass rund 20 Prozent der Erwerbstätigen (!) in der Bundesrepublik von ihrer Hände und ihres Geistes Arbeit, sprich von Lohn bzw. Gehalt auch bei Vollzeitbeschäftigung, nicht mehr leben können. Sie brauchen zusätzliche finanzielle Unterstützung.

Zwar bleibt Frau Merkel wieder schön halbherzig. Sie legt sich um Gotteswillen nicht fest mit einer Summe für ein Stundenentgelt, aber immerhin: Sie hat die seit Jahren von der LINKEN vorgebrachte Forderung nach einem Mindestlohn übernommen. Das ist zwar erst einmal ein »Beruhigungspflaster« auf den offensicht-

lich starken Druck von unten. Man kann eben die dringenden Lebensinteressen und Sorgen tausender arbeitender Bürger nicht mehr einfach vom Tisch wischen.

An uns, der LINKEN, wird es nun mit liegen, der Sache den nötigen öffentlichen Nachdruck zu verleihen: uns gemeinsam mit den Gewerkschaften und anderen möglichen Verbündeten weiter für einen konkreten Mindestlohn für alle Arbeitenden einzusetzen.

Übrigens, ein Tipp für Frau Merkel - Rot-Rot in Brandenburg macht's schon mit vor: Öffentliche Aufträge sind im Land künftig an die Zahlung eines Mindestlohnes in Höhe von 8 Euro gekoppelt. Damit sind in einigen Branchen Lohnsteigerungen um bis zu einem Drittel verbunden.

ch-

## Kommentiert

### Konsequent LINKE Weichen gestellt

*Man konnte die tiefe Enttäuschung der Medien über die ausbleibenden Saalschlachten beim Bundesparteitag der LINKEN in Erfurt spüren. Immer wieder wurden Delegierte interviewt in der Hoffnung, doch noch den großen programmatischen Dissens zu finden. Aber mit nahezu 97% Ja-Stimmen hat der Parteitag ein deutliches Zeichen gegen alle Untergangsszenarien der vergangenen Wochen und Monate gesetzt. In langen Diskussionen ist es dem Parteivorstand und seiner Redaktionskommission gelungen, insbesondere zu den 6 zentralen Konfliktlinien Kompromissvorschläge vorzulegen, die insgesamt eine so breite Mehrheit ermöglicht haben. Dabei ging es um Textpassagen im Entwurf zum Nahost-Konflikt, zum Arbeitsbegriff, zum Öffentlichen Beschäftigungssektor, zum Bedingungslosen Grundeinkommen, zu NATO und Bundeswehr sowie zur Regierungsbeteiligung. Sicher wird zu diesen wie auch zu anderen Textstellen weiter diskutiert werden und auch werden müssen. Die Welt dreht sich weiter und eine lebendige Partei wird auch weiter nachdenken. In einer respekt- und kulturvollen Atmosphäre kann das auch sehr bereichernd und interessant sein. Und sicher gibt es für Jede und Jeden kritische Textpassagen. Bei nicht wenigen Genossinnen und Genossen mit PDS-Vergangenheit wird das jene zum »Willy-Brandt-Korps als friedliche Alternative zur Armee im Einsatz sein«, bei anderen ist es der öffentliche Beschäftigungssektor oder die Frage, ob DIE LINKE in Regierungskoalitionen unter keinen Umständen Arbeitsplätze abbauen oder öffentliches Eigentum privatisieren darf oder ob es nicht darum gehen muss, die Verschlechterung der Aufgabenerfüllung des Öffentlichen Dienstes zu verhindern oder Privatisierungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Bei der Forderung nach Legalisierung von Drogen geht es übrigens nicht um einen freien Drogenzugang, sondern um die Entkriminalisierung des Drogenkonsums und konsequente Verfolgung der Dealer. Am Ende ist die Botschaft des Programms klar, deutlich und unüberhörbar. Für DIE LINKE ist der Kapitalismus nicht das letzte Wort in der Menschheitsgeschichte! Wir sagen: eine friedliche, demokratische, nachhaltige und solidarische Gesellschaft ist möglich. Wir nennen sie demokratischen Sozialismus.*

Dr. Kirsten Tackmann

## 2. gemeinsame Aktivenkonferenz der Kreisverbände Prignitz und OPR



Einer nicht mehr ganz neuen, aber sicherlich zukunftsreichen Tradition folgend fand am 28. Oktober unsere 2. Aktivenkonferenz im »Autohof Herzsprung« statt. Unter Anwesenheit einer erfreulich größeren Anzahl von Genossinnen und Genossen als bei der ersten Konferenz gab Stefan Ludwig, stellv. Landesvorsitzender, einen ersten Überblick über die Ergebnisse des Bundesparteitages. Wichtigstes Ergebnis ist, dass nun endlich ein beschlossener Programmwurf für die Partei vorliegt. Ermutigt hat ihn und die anderen Delegierten, dass unsere Parteiführung den Ernst der Lage erkannt hat, offensiv für einen Kompromiss geworben hat und strömungspolitische Auseinandersetzungen nur im Hintergrund erfolgten. Die Debatten wurden in der Regel sehr rational, aber nicht verletzend geführt. Mit dem Programm wurden einige Entscheidungen für die Zukunft getroffen, es gibt also gute Gründe, sich den fertigen Text anzusehen und in der noch folgenden Urabstimmung durch alle Mitglieder für dieses Programm zu stimmen. Der Dank gilt allen Delegierten, die an der Sache gearbeitet haben und dafür gesorgt haben, dass der Parteitag so erfolgreich verlaufen ist.

In der nachfolgenden Diskussion kam zum Ausdruck, dass es wichtig ist, einen beschlossenen Programmwurf zu haben und auch jeder damit umgehen kann. Jetzt ist wichtig, dass wir einzelne Programmpunkte in der Praxis umsetzen, mit unserer Arbeit mehr Einfluss im Tagesgeschehen nehmen, neue und jüngere Mitglieder gewinnen, damit jeder sieht, die Linke gibt es und wird es auch weiterhin geben. Aufgabe des nächsten Parteitages sollte es sein, die anstehenden Personalfragen zu klären, denn diese

klären nicht die Zeitungen, das müssen wir in den zuständigen Gremien schon selber tun.

Zum Abschluss der Diskussion nutzte Stefan Ludwig noch die Zeit, sich als Kandidaten für den Landesvorsitzenden vorzustellen. Wenn man seine fachliche und politische Entwicklung betrachtet, denke ich, dass er die Erfahrung mitbringt, an der Spitze unseres Landesverbandes die vor uns stehenden Aufgaben zu lösen.

Im zweiten Teil der Veranstaltung haben wir uns in zwei Arbeitskreisen zu folgenden Inhalten ausgetauscht:

1. Politische Bildung (Moderation: Harald Petzold-Mitglied d. Landesvorstandes und Vors. Kommission Polit. Bildung)
  - für die politische Bildung sind die Parteien verantwortlich
  - es geht darum Alternativen anzubieten, um bei den Bürgern anzukommen
  - Ziel ist es, in jedem Kreisverband eine Ansprechpartner für politische Bildung zu haben
  - es wird an einer Übersicht über die Interessengebiete für die politische Bildung gearbeitet, die vorhandenen Angebote z.B. des kommunalpolitischen Forums, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Bundestags- und Europa-abgeordneten sollen zusammengefasst werden - daraus soll dann ein Konzept / eine Vorlage für den LV entstehen
  - die politische Bildung muss laufend den neuen Bedingungen und Anforderungen angepasst werden.
  - Die Zeitrressourcen werden immer kleiner,

- das Internet gewinnt immer mehr an Bedeutung,
- es müssen alle Sinne angesprochen werden, nicht nur das Hören, z.B. über Theaterstücke oder Filme in die Diskussion kommen;
- oder nach der MV 1 Std. ein Bildungsthema besprechen, dieser 2. Teil ist öffentlich ( die Genossen sind einmal unterwegs und für »Fremde« besteht eine Möglichkeit, aktuelle Themen fundiert erklärt zu bekommen)

Die Einsparungen auf dem Bildungsbereich sollen nach Absprachen / Verhandlungen mit dem Finanzminister Helmut Markow zurück gefahren werden (angedacht ist eine Herabsetzung der Schülerzahl pro Klasse auf 23).

2. Kleine Zeitungen (Moderation: Reinhard Frank - Verantw. für Mitgliederprojekt, Öffentlichkeitsarbeit in der Landesgeschäftsstelle)

Schwerpunkt dieses Arbeitskreises bildete die Anfrage / der Vorschlag der Prignitzer Genossen, eine gemeinsame Mitgliederzeitung für beide Kreisverbände herauszugeben, da in der Prignitz bisher nicht wie in dem Umfang und in der Regelmäßigkeit wie bei den Ruppiner Genossen eine Mitgliederzeitung erscheint. Dabei wurden verschiedene Ansätze diskutiert wie:

- was spricht dafür oder dagegen
- die technische Machbarkeit und Umsetzung, z.B. ein gemeinsamer Mantel mit verschiedenen regionalen Inhalten oder zwei getrennte Mäntel mit gleichen zentralen Inhalten
- Beibehaltung der Zeitung »Märkische Linke« mit Einlageblatt für die Prignitz
- Klärung grundlegender Probleme wie redaktionelle Zusammenarbeit, Verteilung (Professionell?), eine höhere Auflage für das Erreichen aller Haushalte? - und nicht zuletzt die Kostenfrage

Da natürlich in dieser kurzen Zeit keine Klärung herbeigeführt werden konnte, haben wir den Vorschlag angenommen, eine kleine Arbeitsgruppe aus interessierten Mitgliedern beider Kreisverbände zu bilden, die sich erstmals am 12.12.2011 in Neuruppin treffen wird.

**Wir sind natürlich sehr an der Meinung unserer Leser zu dieser Problematik interessiert. Die Redaktion nimmt gern eure Meinungen und Vorschläge entgegen.**

# Urabstimmung nächste Aufgabe

## Stadtverband Neuruppin wählte neuen Vorstand

Am 27. Oktober 2011 wurde der Neuruppiner Stadtverband der LINKEN neu gewählt.

Der Stadtverband umfasst gegenwärtig 79 Mitglieder, davon sind 31 Frauen. Die meisten sind in drei Basisorganisationen organisiert.

An der Mitgliederversammlung nahmen leider nur 29 Genossinnen und Genossen teil. Das hatte seine Ursache auch darin, dass etliche Genossen krank sind. Und die Zusammensetzung (das Durchschnittsalter im Stadtverband beträgt knapp 70 Jahre) beweist vor allem auch, wie dringend die Gewinnung neuer und jüngerer Mitglieder ist.

Den ausscheidenden Mitgliedern des Stadtverbandes Doris Hochschild (bisher Vorsitzende), Hans-Dieter Petke, Ilona Reichert und Ilona Reinhard, wurde herzlich Dank ausgesprochen. Der Bericht vom bisherigen Geschäftsführer Achim Behringer war knapp und umfasste bei weitem nicht die gesamte Arbeit, die von Stadtverband und Stadtverband in den vergangenen zwei Jahren seit April 2009 geleistet worden ist. Das wurde dann zum Teil in der Diskussion ergänzt.

Im Mittelpunkt von Bericht und Diskussion stand eine erste Auswertung des kürzlich stattgefundenen Bundesparteitages. Unsere Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann, Delegierte und Mitglied der Antragskommission (sie hatte hier in den vergangenen Wochen mit den über 1400 Anträgen zum Programm sehr viel zu tun), berichtete von der sachlichen,

vom übereinstimmenden Willen nach Geschlossenheit und einigem Handeln geprägten Atmosphäre und dem überwältigenden Abstimmungsergebnis für das

### Der neue Stadtverband Die LINKE Neuruppin

Vorsitzender:

**Achim Behringer**

Mitglieder:

**Barbara Hinz  
Christa Horstmann  
Arno Lisch  
Hans Schaefer  
Otto Theel**

neue Programm. So dauerte z.B. die Beratung der zusammengefassten Anträge auf dem Parteitag über 6 Stunden länger. Die Diskussion zur Satzung kam dadurch zu kurz. Beschlossen wurde hier u.a., dass die Wahl einer Doppelspitze in der Führung künftig jedem Land selbst überlassen ist und nicht generell festgelegt wird.

Die Aussprache war gekennzeichnet von der Zustimmung der Genossen über das beeindruckende Ergebnis dieses Programmparteitages, von der Genugtuung, dass das neue Parteiprogramm so einmü-

tig von den Delegierten beschlossen wurde. Völliges Unverständnis brachten die Genossen zum Ausdruck, dass von einigen führenden Genossen schon wieder »Personalfragen« zur Führungsspitze der Partei in die Diskussion gebracht wurden, anstatt die sachliche inhaltliche Arbeit der ganzen Partei, also die Realisierung des Programms, in den Mittelpunkt zu stellen.

Das Parteiprogramm - bis zur Bestätigung durch die Mitglieder vom Parteitag beschlossener Entwurf - wird in diesen Tagen an alle Genossinnen und Genossen zur Urabstimmung übersandt (seit auch im Internet zu lesen).

Mit der Diskussion wurden die Genossen noch einmal auf den verstärkten notwendigen Kampf gegen Rechts aufmerksam gemacht. Die Ereignisse am 24. September 2011 in Neuruppin, das Auftreten der Polizei gegenüber den Demonstranten des Bündnisses »Neuruppin bleibt bunt« und vieler anderer Teilnehmer aus Neuruppin, Ostprignitz-Ruppin, dem Land, aus Mecklenburg-Vorpommern und Berlin (auch Besucher der Stadt aus den alten Bundesländern hatten sich eingereicht) bewiesen mit aller Deutlichkeit, dass vor allem auch der öffentliche Protest durch die Bevölkerung deutlicher werden muss.

*Christa Horstmann*

## Neues aus dem Landtag

Die Sitzung des Innenausschusses ist Geschichte (siehe Artikel von Achim Müller), das Thema Demo am 24.09. in Neuruppin wird den Landtag jedoch weiter beschäftigen. In der Sitzung des Rechtsausschusses am 3.11.2011 (nach Redaktionsschluss) steht dieses Thema ebenso auf der Tagesordnung wie die Anhörung zum Gesetz zur Neuordnung von Land-, Amts- und Arbeitsgerichtsbezirken und zur Änderung von Vorschriften der Gerichtsorganisation, die auch den Standort Neuruppin betreffen.

Am 1. November trat nicht nur das neue Polizeigesetz in Kraft, sondern Gregor Gysi besuchte die Fraktion DIE LINKE. im Landtag. In seiner kurzen Rede stellte er die große Verantwortung der Fraktion heraus, als letzte verbliebene Regierungsfraktion dürfe sie nicht scheitern, da sonst ein ganzes Projekt scheitern würde. Man müsse jetzt nach zwei

Jahren Anlaufzeit offensiver werden. Die LINKE. müsse ihre Eigenständigkeit bewahren und diese deutlicher in der Öffentlichkeit bzw. gegenüber dem Koalitionspartner darstellen. Als besonders wichtig bezeichnete er die Kommunikation mit der Partei-Basis und der Bevölkerung. Im Wissen um die Darstellung in den Medien müssen andere Wege gefunden werden, einerseits über die gute Arbeit der Fraktion im Landtag/Regierungskoalition besser zu informieren und andererseits auch ehrlich zu erklären, warum manchmal Entscheidungen getroffen werden müssen, die einem weniger gefallen. Anschließend verabredete man, die Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion zu intensivieren.

In der momentanen Haushaltsdiskussion kam es zu einem Kompromiss in der Koalition im Bereich Bildung. Gerade die Streichung von Mitteln bei den Schulen in freier Trägerschaft hatte für viel Aufre-



gung gesorgt. Auch Dieter Groß sprach mit Vertretern der Freien Schule Klein Machnow. Nun werden rund 11 Millionen Euro mehr, als ursprünglich im Haushaltsentwurf geplant, im Jahr 2012 investiert. Insgesamt werden die Zuschüsse für die Schulen in freier Trägerschaft bis zum Jahr 2015 um 2,6 Millionen Euro weniger gekürzt, als geplant.

*Christian Richter*

# Polizeipräsident räumt Fehler ein

Als am Donnerstag, den 20. Oktober, der Innenausschuss des Landtages zusammentrat, gab es ein sehr großes Medienaber auch allgemeines Interesse, so dass eine Tonübertragung auch außerhalb des Versammlungsraumes erfolgen musste. War doch der Polizeieinsatz am 24. September in Neuruppin ein Thema.

## Verteidigung der Handlungsweise der Polizei

Innenminister Woidke, der als erster Redner zu diesem Tagesordnungspunkt sprach, verteidigte, wie schon auf der Landtagsitzung am 28. September, die Handlungsweise der Polizei bei der Auflösung der »Verhinderungsblockade«. Er kündigte an, dass die Polizei in ähnlichen Fällen genau so wieder vorgehen werde. Auf die Kritik, dass die Polizei Gewalt ausgeübt hat, sagte er, dass dies übliche Einsatzmaßnahmen seien. Woidke musste aber zugeben, dass es zu Mängeln beim Polizeieinsatz kam. Hier bezog er sich auf Kommunikationsprobleme zwischen Polizei und Veranstalter, aber auch innerhalb der Polizei. So war die Polizei überrascht, als plötzlich Demonstranten am Schulplatz abbogen und die Polizei ihre Kräfte neu ordnen musste. Auch gab es Fehler bei Versorgung mit Trinkwasser und Bereitstellung eines Toilettenwagens.

Als ein besonderer Hardliner erwies sich wieder einmal der CDU - Landtagsabgeordnete Petke. Kern seines Redebeitrages waren Angriffe auf die Linke im Landtag. So warf er uns vor, aus politischen Gründen die Polizei unter Generalverdacht zu stellen und forderte Kerstin Kaiser auf, ihre öffentliche Entschuldigung (im RBB vom 27. September) zurück zu nehmen. Er orakelte, dass alle Vorwürfe gegen die Polizei zusammen brechen werden und bezeichnete es als Unding, dass sich der Innenausschuss eines Landtages mit einem Toilettenwagen beschäftigen muss.

## Richtiger Ansatz der Aufarbeitung

Zur Überraschung der Zuhörer gab Polizeipräsident Feuring gleich zu Beginn seiner Ausführungen Fehler beim Polizeieinsatz in Neuruppin zu. Er bestätigte die schon vom Innenminister angesprochenen Kommunikationsprobleme und den Eindruck von Augenzeugen (siehe dazu auch Märkische Linke 10/2011), dass die Polizei völlig überrascht war vom plötzlichen Abschwenken der Anti-Nazi-Demonstration zur Friedrich-Engels-Straße. Das habe auch dazu geführt - was ein polizeitaktischer Fehler gewesen sei - dass der restliche Demonstrations-

zug wie angemeldet, ohne Polizeibegleitung bis zur Steinstraße ging. Die Sitzblockade erforderte ein nicht geplantes Umgruppieren der Einsatzkräfte, d.h. die Polizei musste sich völlig neu organisieren. Dadurch kam es zum Eindruck der »Einkesselung«. Wären ein Teil der Fahrzeuge und Polizeikräfte vom Ort der Sitzblockade abgezogen worden, hätte das möglicherweise zu einer Entspannung führen können. Ein weiteres Problem war in seinen Augen, dass den Demonstranten das Vorgehen der Polizei nicht erklärt wurde. Die Sitzblockierer wurden nicht erreicht! Herr Feuring will auch nicht ausschließen, dass in bestimmten Bereichen der Zu- und Abgang von der Sitzblockade verwehrt wurde. Er räumte auch Fehler, die noch weiter zu analysieren sind, bei der Feststellung der Personalien ein.

## Fragen und Feststellungen

Frau Asmus vom landesweiten Aktionsbündnis widersprach der offiziellen Darstellung, in dem sie betonte, dass nicht nur der Eindruck einer Einkesselung entstanden war, sondern dass es eine wirkliche Einkesselung war. Diese Meinung bestätigten auch die Neuruppiner Vertreter des Aktionsbündnisses »Neuruppin bleibt Bunt«, die bemängelten, dass unbeteiligte Bürger zur Personenfeststellung festgehalten wurden. Unser Mitglied im Innenausschuss, H.-J. Scharfenberg forderte dazu auf, dass es in unser aller Interesse sein muss, demokratische Kräfte nicht einzuschüchtern und sieht in den getätigten Aussagen der Verantwortlichen, dass doch polizeiliche Fehler gemacht wurden. Das sieht der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Herr Vogel ähnlich, in dem er von einem desolaten Polizeieinsatz sprach. Er forderte, dass es endlich eine einheitliche und verbindliche Regelung im Land geben muss. Er fragte: »In Halbe - ja, in Neuruppin - nein! Was gilt nun bei Blockaden?« Er forderte wei-

ter, die Wahrnehmung der Verantwortung durch den jeweiligen Polizeiführer vor Ort. Nachdem Stefan Ludwig, Ausschussmitglied unserer Partei, Kritik an den Äußerungen von Petke geübt hatte, sprach Dieter Groß den Ausschussmitgliedern und fachkundigen Gästen seinen Respekt für die differenzierte Betrachtung und das Einräumen von Fehlern aus. Er bedauerte, dass Polizeipräsident Feuring am 24.9. nicht selbst in Neuruppin war und forderte, dass man mit Versammelten sorgsamer umgehen müsse. Dann stellte er an den Innenausschuss Fragen, auf die er eine Antwort haben möchte:

1. Hätte man nicht die Nazi-Demo in Neuruppin aus den gleichen Gründen wie die, die zum Verbot der »Freien Kräfte Teltow-Fläming« bzw. Verbot der Nazi-Demo in Frankfurt/Oder geführt haben, verbieten können?
2. Stimmt es, dass es strafrechtlich relevante Aspekte bei den Handlungen der Neo-Nazis, die zu einem Abbruch des Nazi-Aufmarsches hätten führen können, gab?
3. Ist es den Verantwortlichen bekannt, dass während der Demo Polizeikräfte ohne ersichtlichen Grund das Mitten-Drin begangen haben? Was wurde damit bezweckt? Dieter Groß erklärte, dass er die Erforderlichkeit und Angemessenheit dieser polizeilichen Maßnahme für rechtlich sehr bedenklich hält.
4. Abschließend möchte er Auskunft über einen Polizeiführer, der bei der Demo oft namentlich als Entscheidungsträger genannt wurde, was jedoch zu erheblichen Missverständnissen geführt hat.

**Anmerkung:** Mit den juristischen Auswirkungen wird sich in Kürze der Rechtsausschuss des Landtages, dessen ordentliches Mitglied Dieter Groß ist, befassen.

am

## Kurz berichtet

### Kaffee mal anders

Ein »politisches Kaffeetrinken« haben die Kyritzer Genossen kürzlich praktiziert. Ausgehend von einer bundesweiten Kampagne von Transfair, einem Verein zur Förderung des fairen Handels mit der Dritten Welt, wurde diese Aktion an einem Abend gemeinsam mit dem Kyritzer Weltladen, dem Cafe Schameitat, Bluhms Hotel und Restaurant und der Marktschänke Pfeifer durchgeführt. Sie luden dazu in der Öffentlichkeit Bürger zum Kaffeetrinken ein. Bezahlt und gespendet haben in Kyritz diesen Kaffee MdB Kirs-

ten Tackmann und Landtagsabgeordneter Dieter Groß. Bundesweit sollten im Rahmen dieser Kampagne 500 000 Tassen Fairtrade-Kaffee ausgeschenkt werden. Allerdings fand diese nützliche Aktion bedauerlicherweise wenig Unterstützung durch die Lokalpresse.

### Neuwahl in Kyritz

Am 17. November 2011 kommen die Genossinnen und Genossen vom Regionalverband Kyritz/Neustadt/Wusterhausen zusammen. Sie werden hier ihren Regionalvorstand neu wählen.

# Müsste die Deutsche Bank nicht schon dem Steuerzahler gehören?

Es fing alles damit an, dass in vielen Staaten der Welt eine unverantwortliche Politik der Schuldenaufnahme auf der Tagesordnung stand und teilweise immer noch steht. Bestimmte Entscheidungen, etwa der Beitritt mancher Länder zur Europäischen Union und zur Eurozone, haben dort den Zugang zu viel billigem Geld eröffnet und Zinsen sinken lassen. Damit waren natürlich zahlreiche Versuche verbunden. Verantwortungsbewusste Haushalts- und Finanzpolitik wurde von dem Glauben abgelöst, dass Geld sozusagen vom Himmel fällt. Die Moral und Ethik der Leistungsgesellschaft wurde von der Raffgier einer Erfolgsgesellschaft abgelöst, in der falsche politische Prioritäten und administratives Versagen einzelner Cliquen ungeheure Bereicherungsmöglichkeiten eröffnet haben.

Einem zweiten zentralen Zusammenhang wird derzeit auch viel zu wenig Bedeutung beigemessen. Die momentane Krise ist im Kern eine globale Lohnkrise, also eine Krise des Nichtsteigens der Löhne. Heiner Flassbeck, Chefvolkswirt der UN-Org. für Welthandel und Entwicklung, hat dazu anhand der Beispiele Japan und USA einige interessante Ausführungen gemacht. Wenn man z.B. in den USA von Wirtschaftszyklus zu Wirtschaftszyklus schaut, kann man erkennen, dass von jedem Aufschwung zum nächsten der Lohnzuwachs geringer wird. Jetzt sind wir fast bei einer Stagnation, das bedeutet real einen Rückgang. Zu 95% ist der Zuwachs des gesamten Einkommens in den USA bei Unternehmen und nicht mehr bei den Arbeitern angekommen. Die Unternehmen wissen nicht mehr, was sie mit diesem Geld machen sollen, sie spielen Casino. Alles Geld, das der Staat als Schulden, auch für staatliche Hilfsprogramme zur Ankurbelung der Wirtschaft, aufgenommen hat, haben die Unternehmen sich angeeignet, aber sie investieren nicht damit. Dieselbe Situation haben wir nun auch in Europa, in Deutschland. Wir haben hier nun eine Situation, die mit Marktwirtschaft, also der nach dem traditionellen Verständnis in den ersten 30 Jahren nach dem 2. Weltkrieg, nichts mehr zu tun hat. Zu dieser Zeit haben die privaten Haushalte etwa zehn Prozent gespart, die Unternehmen haben sich zu acht bis neun Prozent des Bruttoinlandsprodukts verschuldet und investiert. Nun haben wir in Deutschland seit zwei, drei Jahren die perverse Situation, dass die Unternehmen unter dem Strich ebenfalls sparen, die Investitionsquote geht nach unten. Wenn man logisch denkt und sieht, dass in Deutschland alle sparen und der Staat keine Schulden mehr macht, dann geht

die Rechnung nicht auf. Dann gibt es entweder eine gewaltige Rezession oder die anderen verschulden sich. Die anderen sind aber zum großen Teil auch schon bis zum Stehkragen verschuldet, sie können sich nicht weiter verschulden. Wir können also nur noch feststellen, die Marktwirtschaft oder der Kapitalismus ist am Ende, es gibt keine Möglichkeit mehr, im vernünftigen Rahmen zu wachsen.

Was die Euro-Regierungschefs - allen voran die Deutsche Bundeskanzlerin - unter einer Euro-Rettung versteht, muss als Verarmungsprogramm für die Bevölkerung der Krisenländer bezeichnet werden. Alle sogenannten »Sparauflagen« der Geberländer sind für die Betroffenen nicht hilfreich und können nicht eingehalten werden. Im Ergebnis werden die Geberländer von den Griechen als die Schuldigen an ihrer Notlage verstanden und beschimpft. Dabei wird auch als selbstverständlich vorausgesetzt, dass ein armes Land wie die Slowakei Schulden aufnehmen soll, um das weit höhere Lebensniveau der Griechen finanziell zu stützen. Dies ist ein unzumutbares Verlangen, weit entfernt von solidarischem Verhalten, so ein Europa brauchen wir nicht.

Selbst international anerkannte Experten aus der Finanzbranche, auch der Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz stellten fest: Die Europäische Union rettet nicht Griechenland, sondern die Banken, besonders die deutschen. Vor gut einem Jahr war der griechische Staat quasi pleite, er schuldete den Banken - vor allem deutschen und französischen - mehr als einhundert Milliarden Euro. Eine Summe, die die Banken im Falle einer Staatspleite nicht mehr zurückbekommen hätten. Zu diesem Zeitpunkt sprangen IWF und die Staaten der Euro-Zone ein und stellten Griechenland Kredite in Höhe von 110 Milliarden Euro zur Verfügung. Damit konnte das Land fortfahren, seine Kredite zu tilgen und Zinsen an Banken und private Gläubiger zu zahlen. Ein Jahr später drückten die verordneten Kürzungsmaßnahmen das Land in eine tiefe Rezession, das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte immer heftiger, die griechischen Staatsanleihen waren ihr Geld nicht mehr wert. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Banken schon ein gutes Stück gerettet. Allein bis Ende 2010 war es ihnen dank der EU-Gelder gelungen, ihre Kredite an Griechenland um 39 Milliarden Euro zu reduzieren, nicht zuletzt auch deswegen, weil die Europäische Zentralbank (EZB) den Banken einen großen Teil der faulen Papiere abkaufte. Ganz nebenbei wurden die Steuerzahler so für die faulen Papiere haftbar gemacht, denn für Verluste der EZB müssen sie am Ende bezahlen. Die



Deutsche Bank hat von den Rettungspaketen mindestens 20 Milliarden Euro abbekommen, z.B. auch durch die Rettung von Hypo Real Estate, IKB Deutsche Industriebank und die Rettung zahlungsunfähiger Staaten, zudem bekommt sie von der EZB Geld fast zum Nulltarif. Durch die Steuerzahler wurde also bereits so viel Geld in die Banken gesteckt, dass ihnen nach marktwirtschaftlicher Logik mindestens Commerzbank und Deutsche Bank gehören müssten.

Wie soll es nun weitergehen?

Um aus der Krise wieder herauszukommen, muss die Macht der Banken und Spekulanten über die Politik gebrochen werden. DIE LINKE will das europäische Banken- und Finanzsystem dauerhaft unter öffentliche Kontrolle nehmen. Notwendige Rekapitalisierungen von Banken bei einem Schuldenschnitt Griechenlands mit Steuergeldern müssen an die Mehrheitsbeteiligten für die öffentliche Hand an diesen Banken geknüpft werden. Die Kreditversorgung der Staaten muss auf eine öffentliche europäische Bank übertragen werden. Um die Geldversorgung der Bevölkerung und der Realwirtschaft zu sichern, muss das System von Sparkassen und Genossenschaftsbanken ausgebaut werden, die sich über die Einlagen der Sparer finanzieren und auf Spekulationsgeschäfte verzichten. Wir fordern die Einführung einer europaweiten Vermögensabgabe. Zur Finanzierung einer Europäischen Union, die solidarisch auch mit Mitgliedsstaaten in Notlagen ist, muss eine Finanztransaktionssteuer auf alle Geldgeschäfte an den Börsen erhoben werden. Durch eine höhere Einkommenssteuer für Bestverdiener und die gerechte Besteuerung von Kapitaleinkünften könnten europaweit Investitionen in Infrastruktur, Umwelt und Bildung ermöglicht werden.

Es gibt Wege aus der Krise!

J.S.

# Dringender denn je

»Vom Schuld kult zur Mitschuld – JETZT ERST RECHT!« Unter diesem Motto riefen die Neuruppiner Neonazis zur Demo am 24. September erneut auf. Die Neonazis bestreiten die Schuld Deutschlands am 2. Weltkrieg, sie leugnen die Verbrechen des Nazi-Regimes, wie den Holocaust oder die Existenz und Massenvernichtung in Konzentrationslagern. Sie behaupten, dass Deutschland, weil es sich seiner Verantwortung für die Gräueltaten der Nazis stellt, Mitschuld an den Missständen in der Welt trägt.

## Leugnung der Geschichte

Wie kommen junge Menschen darauf, die historischen Wahrheiten so zu verdrehen, ja zu leugnen? Mit welchem Recht ignorieren die Neonazis z. B. die Nürnberger Urteile und feiern die verurteilten Kriegsverbrecher als »Deutsche Helden«? Das kann doch nicht von ungefähr kommen. In der DDR wurde der Antifaschismus von den Bürgern gelebt und nicht, wie heute oft behauptet, nur staatlich vorgegeben. Klar ist natürlich, dass in der DDR, im Gegensatz zur BRD, der Antifaschismus Staatsdoktrin, also ein politischer Grundsatz war. In diesem Sinne wurden die Kinder und Jugendlichen erzogen, lernten in der Schule und darüber hinaus, was Faschismus bedeutet und was er angerichtet hat. Aber auch in der DDR gab es einzelne Menschen, die dem Faschismusgedanken anhängen. Diese fanden aber keine Bühne für ihre Ideologie und wurden, wenn sie diese Propaganda verbreiteten, juristisch verfolgt.

## Historische Korrektheit

Als nach der Wende bürgerliche Ideologen begannen, die DDR mit dem Nazi-Regime auf eine Stufe zu stellen, sie von den zwei deutschen Diktaturen sprachen, witterten die neuen und alten Nazis Morgenluft. Es gab und gibt keine politische Institution, (außer der LINKEN) die sich intensiv mit dieser Denkweise auseinandersetzt und setzt. Im Gegenteil, solche »Historiker«, wie der selbst ernannte Stasi-Jäger Hubertus Knabe, oder der ehemalige Brandenburger Innenminister Schönbohm, der vor einigen Jahren die Häftlinge des KZ Sachsenhausen mit denen des sowjetischen Internierungslagers gleich stellte (worauf er heftige Kritik der internationalen NS-Opferverbände erhielt), verfestigen dieses Bild.

## Offensiver vorgehen

Nazis nutzen heute Nischen, die andere politische Kräfte vernachlässigen. Als nach der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern der MDR in einer Recher-

che feststellen musste, dass Dorffeste u.ä. von den Nazis organisiert wurden, die Bevölkerung deshalb NPD wählte, »weil die ja was für uns tun«, kann man wohl mit Recht vom Versagen der demokratischen Parteien sprechen. Und diese Beispiele könnte man beliebig fortsetzen, wobei sich manch einer die Frage stellt, wollen die bürgerlichen Parteien überhaupt eine Auseinandersetzung mit den Neonazis?

Als am 29. September die Tour des jüdischen Museums durch Schulen in Brandenburg wegen antisemitischer Vorkommnisse in Werder und Erkner abgebrochen werden musste, waren Politiker schockiert und Lehrer fassungslos. Aber Keiner fragte, woher diese Einstellung kommt. Bildungsministerin Münch sagte lediglich, dass das Verhalten der Schüler »absolut unakzeptabel« sei und »sie möchte, dass Schüler von Anfang an tolerant sind«. Von Konsequenzen und Schlussfolgerungen aber kein Wort.

## Neuruppiner Fragen

Viele Gegendemonstranten am 24. September fragten sich, wo sind die ganzen Neuruppiner? Ist es ihnen egal, dass der braune Mob durch ihre Straßen zieht? Was sind die Ursachen, dass sich so we-

nig Neuruppiner an den demokratischen Protesten beteiligen? Diese Frage müssen sich alle in Neuruppin tätigen Parteien und demokratischen Vereinigungen dringend einmal stellen.

Dass aber hierbei auch das bisherige rigide Vorgehen der Polizei (mit Ausnahme am 9. Juli 2011) seinen Teil beiträgt, bleibt unbestritten. Viele Bürger werden sich überlegen, ob sie das Risiko polizeilicher Schikanen bzw. der Strafverfolgung eingehen, wenn sie Farbe gegen Rechts bekennen. Im Vorfeld der Demo am 24. 9. sagten Neuruppiner auf Grund der in der Presse veröffentlichten Strafandrohung der Staatsanwaltschaft, dass sie aus Angst davor nicht an der Demo teilnehmen werden, »da keiner weiß, wie sich die Situation entwickeln wird«.

Dass die Bürgerlichen kein besonderes Interesse an einer Auseinandersetzung mit den Neonazis haben, ist allgemein bekannt. Umso dringender sollten wir LINKEN uns mit dieser Problematik befassen. Was wollen wir? Uns mit den Neonazis aktiv auseinander setzen, sie einfach nur ignorieren oder gibt es andere Wege? Hierzu gilt es, eine Strategie vor Ort zu entwickeln.

am

## Einladung zum Kreisparteitag

Nach dem kürzlich stattgefundenen Bundesparteitag und der jetzt durchzuführenden Urabstimmung der Mitglieder unserer LINKEN über das neue Parteiprogramm wird am 18./19. Februar 2012 ein Landesparteitag den neuen Landesvorstand wählen.

Der Kreisvorstand DIE LINKE OPR hat beschlossen, zur weiteren Auswertung des Parteitages, zur Aussprache über die aktuelle politische Situation sowie zur Wahl neuer Delegierter für den nächsten Bundes- und Landesparteitag sowie den Landesausschuss der Delegiertenperiode 2012/2013 einen Kreisparteitag einzuberufen.

Der Kreisparteitag, der nach § 9 unserer Satzung als Gesamtmitgliederversammlung durchgeführt wird, findet statt am:

**Sonnabend, 19. November 2011 in der Zeit von 10 bis 16 Uhr in Fretzdorf / Autohof Herzsprung.**

Alle Genossinnen und Genossen unseres Kreisverbandes haben die persönliche Einladung mit der Tagesordnung erhalten.

In dieser Gesamtmitgliederversammlung werden sich Kandidaten für den neu zu wählenden Landesvorstand vorstellen. Genosse Stefan Ludwig, der sich - auch auf Vorschlag des jetzigen Landesvorsitzenden Thomas Nord, der nicht wieder antritt - als neuer Landesvorsitzender bewirbt, hat sich in unserem Kreisverband OPR bereits in der Aktivenkonferenz am 28.10.2011 ausführlich über seine Arbeit und seine Ziele berichtet.

Am Abend des 19. November findet um 18 Uhr in der Wittstocker Stadthalle ein großes Konzert gegen Rechtsextremismus statt. Dazu sind wir ebenfalls herzlich eingeladen.

# Immer nach Neuem suchen

## Interview mit Prof. Siegfried Matthus, Kammeroper Rheinsberg

Seit etlichen Wochen gibt es in unserem Kreis OPR - und nicht nur unter den besonders »kulturinteressierten« Bürgern - viele Diskussionen um eine geplante Fusion zwischen Kammeroper und Musikakademie Rheinsberg. Diese sollte eigentlich schon in der Kreistagssitzung am 29.09.2011 beschlossen werden.

Unsere Kreistagsfraktion der LINKEN hatte bekanntlich die Vertagung dieses Antrages des Landrats verlangt, weil den 12 Fraktionsmitgliedern (und anderen auch) die Sache völlig ungenügend vorbereitet erschien, vor allem viel zu wenig überlegt und beraten mit denen, die es unmittelbar betrifft, mit verschiedenen Gremien und auch mit den Abgeordneten. Mehrere Ausschüsse des Kreistages, Stadtverordnete von Rheinsberg u.a. haben die Fusion inzwischen auch abgelehnt bzw. starke Bedenken angemeldet. Der Landrat musste Behandlung und Beschlussfassung seines Antrages auf den 08. Dezember vertagen. Die Rheinsberger Stadtverordneten beraten dazu am 07. Dezember.

Prof. Siegfried Matthus, der mit Rheinsberg durch seine Schulzeit eng verbunden ist, Geschäftsführer und künstlerischer Chef der Kammeroper, die er 1990 begründete, international hoch anerkannter Komponist (11 Opern), beantwortete unserer Redaktion in einem Interview einige Fragen.

Der Kreisvorstand der LINKEN vertritt den Standpunkt, dass Kreistag, Stadtverordnetenversammlung Rheinsberg sowie Landrat Reinhard und Bürgermeister Rau in Rheinsberg - unter konstruktiver Einbeziehung der Verantwortlichen von Kammeroper und Musikakademie - sehr genau prüfen und abwägen sollten, ob eine »Fusion« beider bundesweit und international so bekannter und bedeutender Institutionen tatsächlich nutzbringend und effektiv ist. Ihre künstlerische Eigenständigkeit sollte auf jeden Fall gewahrt werden.

### **Gut durchdacht muss es sein**

*Es ist inzwischen eine ganze Zeit um das Für und Wider einer »Fusion« beider kultureller »Leuchttürme« (so werden Kammeroper und Musikakademie gern genannt) beraten und gestritten worden. Herr Prof. Matthus, was halten Sie heute von einer »Fusion«? Welche Vorteile, welche Nachteile würde sie bringen? Und welche Bedingungen wären dafür notwendig?*

Über die Fusion wird in der Öffentlichkeit viel diskutiert - und meistens in Unkenntnis der wirklichen Probleme -, so dass diese vielen Vermutungen und hilflosen Vorschläge die langjährigen und treuen Sponsoren der Kammeroper sehr verunsichern. Mehr öffentliche Zurückhaltung würde uns in dieser Frage helfen. Der Fusion liegt die Überlegung des Ministeriums Wissenschaft, Forschung und Kultur in Potsdam zugrunde, dass mit der Zusammenführung - die Kammeroper bekommt die Zuschüsse als Projekt, die Musikakademie in Form einer institutionellen Förderung - die Finanzierung beider Institutionen in diesen unbestimmten Zeiten besser gesichert ist. Mit der Fusion auf dem Gebiet der Verwaltung würden tatsächlich einige Ungeheimheiten wegfallen. So müssen wir z.B. für die Benutzung der Räume der Musikakademie in den beiden Sommermonaten sehr hohe Mieten zahlen, die wiederum als gesicherte Einnahmen für die Musikakademie von Nutzen sind.

Außerdem gibt es ungeklärte Fragen zu der Umsatzsteuer und vieles andere. Eine gut durchdachte und in den künstlerischen und finanziellen Fragen auf Unabhängigkeit gesicherte Fusion würde für die Kammeroper von Vorteil sein.

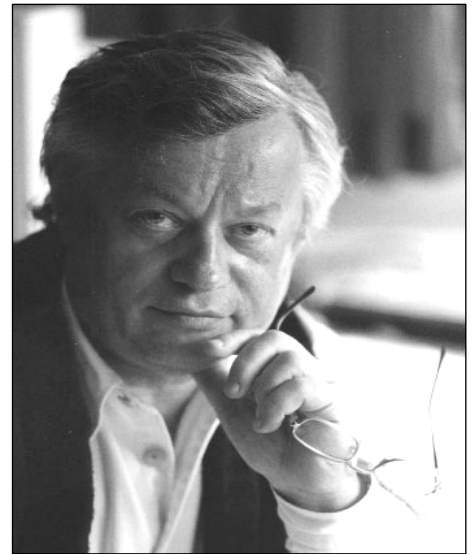
*Gibt es nicht schon länger eine Zusammenarbeit zwischen Kammeroper und Musikakademie? Auf welchen Gebieten hat sie sich besonders bewährt? Wie wird sie weitergeführt, verstärkt?*

Eine künstlerische Zusammenarbeit zwischen der Kammeroper und der Musikakademie kann es schon deshalb nicht geben, da beide Institutionen in ihren festgeschriebenen Satzungen völlig verschiedene Arbeitsbereiche haben. Die Kammeroper fördert internationale Opernsänger und die Musikakademie ist für den musikalischen Nachwuchs verantwortlich. Daran wird und kann sich auch nach einer Fusion nichts ändern.

### **Kultur gehört zur Bildung**

*Nun steht hinter allem das leidige Geld (neben Sozialabbau sind ja in Staat, Land und Kommunen in Zukunft auch beträchtliche »Einsparungen« in Sachen Kultur angesagt).*

*Wir wissen von Ihren unendlichen Bemühungen jedes Jahr neu um Sponsoren für die Kammeroper - um die jungen Künstler aus vielen Ländern auszuwählen, die Auführungen vorzubereiten, zu organisieren,*



*die künstlerischen und technischen Bedingungen zu schaffen, die Rheinsberger Helfer zu finden, jeden einzelnen Opernabend, ob wettergünstig oder nicht, zu einem Erlebnis werden zu lassen. Sind denn mit einer »Fusion« von Kammeroper und Musikakademie tatsächlich hohe Einsparungen zu erwarten? Wie kann man den sicherlich steigenden Finanzbedarf in Zukunft absichern? Welche neuen Wege geht die Kammeroper? Mit einem »Appell an die Gesellschafter und Zuschussgeber« (im Gutachten vom Land zur Fusion an die Spitze gestellt), dass »eine neue Rheinsberger Kultur-GmbH ... mit ausreichend Geld ausgestattet sein muss« (zitiert aus MAZ vom 22./23.10.2011), ist es ja sicher nicht getan.*

Die geplanten Einsparungen auf dem Gebiete der Kultur zerstören viele künstlerische Aktivitäten und bringen als Gewinn keine großen Summen. Die Kultur gehört in unserer Republik zur Bildung und sollte auch finanziell von allen Kürzungen verschont bleiben. Die internationale Nachfrage nach einem Preis für eine Opernrolle in Rheinsberg wächst ständig. Außerdem ist das sommerliche Festival für den Raum Rheinsberg ein eingeplanter Wirtschaftsfaktor. Wir hoffen, dass diese Faktoren uns die Bedingungen für unsere zukünftigen Aufführungen sichern. Dazu gehört natürlich auch die Hilfe, die wir uns weiterhin von Rheinsberger Bürgern erbitten. Ob dabei eine Fusion hilfreich sein wird, ist heute schwer zu sagen. Für diese Fusion benötigen wir erst einmal mehr Geld, bevor die Fragen nach der Effektivität dieser Fusion beantwortet werden können.



# Immer nach Neuem suchen

Fortsetzung von Seite 8

Was kann, was muss also insgesamt getan werden, um z.B. die Kammeroper auch künftig für tausende Besucher attraktiv zu erhalten, vor allem auch, noch mehr Besucher zu gewinnen? Welchen Rat können Sie, Herr Professor, aus Ihren jahrzehntelangen reichen Erfahrungen vermitteln?

Wir sind mit dem Erreichten nie zufrieden. Erfolge der Vorjahre spornen uns zu weiterem Suchen nach neuen künstlerischen Formen an. Aber auch auf technischem Gebiet wollen wir uns verändern. So arbeiten wir momentan an der Verbesserung der Sichtverhältnisse in der Arena und wollen auch die Ausgestaltung des Raumes verschönern. Aus meinen langjährigen Erfahrungen habe ich eines gelernt: immer nach Neuem suchen und nie aufgeben.

## 2012 wieder viel vor

Zum Schluss haben Sie sicher noch einige kurze Worte zum Programm 2012: Was wird uns die Kammeroper im nächsten Jahr bieten?

In diesem Sommer hatten wir mit der »Poppea« und der »Rusalka« außergewöhnliche Erfolge. Daran müssen wir im nächsten Festival anknüpfen. Wir haben für den »Figaro« einen namhaften und großartigen Regisseur gewonnen: Arturo Marelli. Der in Rheinsberg von vielen Inszenierungen bekannte Kay Kuntze wird im Schlosstheater anlässlich des 300. Geburtstages von Friedrich dem Großen meine Oper »Kronprinz Friedrich« als Regisseur betreuen. Mit dieser Produktion sind Gastspiele geplant.

Auch eine Operette werden wir für unsere Sänger und für unser Publikum wieder bringen: »Der Bettelstudent«. Neben der immer sehr gefragten Operngala, den Matineekonzerten im Schlosstheater und der interessanten Veranstaltung im Spiegelsaal - »Friedrichs Opernträume« haben wir auch den »Singenden See« wieder im Programm. Eine einmalige Veranstaltung, die

nur in Rheinsberg zu erleben ist. Und nun hoffen wir auf schönes Wetter.

Herr Prof. Matthus, wir danken Ihnen für das Interview.

(Das Gespräch führte unser Redaktionsmitglied Christa Horstmann.)

## Ausflug des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock nach Heiligengrabe



Gemeinsam mit unserem Landtagsabgeordneten Dieter Groß und Mitarbeitern besuchte der Regionalverband am 05. Oktober 2011 den Vortrag »Wohl dem der Heimat hat« von Friedrich Schorlemmer im Kapitelsaal des Klosters Heiligengrabe. Nach der Veranstaltung gab es die Gelegenheit mit Friedrich Schorlemmer und Bürgermeister Holger Kippenhahn im Klosterrestaurant etwas zu essen, zu trinken und natürlich gab es viel Stoff für interessante Gespräche.

## Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	2.12.	Günter Behrendt	in Heiligengrabe	zum 82.
Am	5.12.	Ehrentraud Prenzler	in Protzen	zum 78.
Am	6.12.	Annemarie Harendt	in Alt Ruppín	zum 86.
Am	8.12.	Hans-Joachim Seel	in Schönberg	zum 61.
Am	10.12.	Hans Kracik	in Neuruppín	zum 80.
Am	13.12.	Walter Taschenberger	in Dreetz	zum 78.
Am	13.12.	Gerhard Schütz	in Neuruppín	zum 77.
Am	14.12.	Franz Hilbert	in Rheinsberg	zum 80.
Am	15.12.	Heinz Karwath	in Zechliner Hütte	zum 65.
Am	17.12.	Ottmar Breyvogel	in Neuruppín	zum 77.
Am	25.12.	Kurt Lemke	in Nietwerder	zum 82.
Am	29.12.	Christiane Schwarz	in Braunsberg	zum 68.
Am	29.12.	Werner Herzlieb	in Neuruppín	zum 81.
Am	31.12.	Horst Däbel	in Wittstock	zum 77.
Am	31.12.	Werner Stolz	in Wall	zum 64.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch

## Kurz berichtet

### Drei neue LINKE

Der Kreisverband OPR begrüßt drei neue Mitglieder: **David Hölker**, 19 Jahre, Auszubildender in Neuruppín, **Maren-Sigrid Schulz**, 60 Jahre, aus Kyritz und **Robert Groke**, 29 Jahre, ebenfalls aus Kyritz haben vor wenigen Tagen ihren Eintritt in die Partei DIE LINKE. erklärt.

### Occupy in Berlin

Am 12. November 2011 finden in Berlin und in der Bankenzentrale Frankfurt/Main wieder große Demonstrationen statt. Unter dem Motto »Großaktion Banken in die Schranken!« finden sich wieder Tausende Demonstranten in der Aktion »occupy« zusammen, um gegen die Allmacht der Großbanken zu kämpfen. Es zeigt sich immer mehr, dass »occupy« nicht nur schlechthin eine neue Aktion ist, sondern dass in diesen Massendemonstrationen - inzwischen in zahlreichen Städten Europas - eine neue Qualität zum Ausdruck kommt: die Stoßrichtung der Massendemos zielt gegen die Ursachen!

### Unser Konto für Spenden und Einzahlungen:

**Die Linke. Kreisvorstand OPR**  
Kto. Nr. 1632361, BLZ 160 619 38  
Raiffeisenbank Ostprignitz-Ruppín e.G.

## Bürgerbüro von Dieter Groß zieht in die Marktgasse 2

Das Wittstocker Bürgerbüro des Landtagsabgeordneten Dieter Groß(DIE LINKE.) und das Büro des Regionalverbandes DIE LINKE. Wittstock ist nun nicht mehr am Markt 13 sondern in der Marktgasse 2 zu erreichen. Die zentrale Lage des Büros bleibt jedoch erhalten. Neu sind die Öffnungszeiten. Mo/Mi 9-15.00 Uhr, Di 9-11.00 und 13-16.00 Uhr und Do 11-18.00 Uhr oder per Telefon unter der Nummer 03394/49970-64(Fax -65), bzw. Mail: ra.gross@gmx.de.

## Termine

Mittwoch, 9.11.u.14.12.	<b>Beratung des Stadtvorstandes Die Linke. Neuruppin</b> 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Sonntag, 6.11.	<b>Gedenken zum Volkstrauertag</b> Friedhof und Gedenkstätte Bahnhof Wittstock
Montag, 14.11.u.12.12.	<b>Beratung der Stadtfraktion Die Linke. Neuruppin</b> 19.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Dienstag, 15.11.	<b>Landwirtschaftskonferenz</b> 17-20.00 Uhr, Bluhms Hotel, Kyritz <b>Beratung der Kreistagsfraktion Die Linke. OPR</b> 18.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 17.11.	<b>Mitgliederversammlung Die Linke. Regionalverband Kyritz-Neustadt-Wusterhausen</b> 18.30 Uhr, Bluhms Hotel, Kyritz <b>Diskussion/Vortrag: Bedingungsloses Grundeinkommen-Ein Weg zur sozialen Gerechtigkeit?</b> (Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung) 19.00 Uhr, Pritzwalk, Aula der F.-L.-Jahn-Grundschule
Sonabend, 19.11.	<b>Kreisparteitag Die Linke. OPR</b> 10-16.00 Uhr, Autohof Herzsprung, 16909 Fretzdorf <b>Konzert gegen Rechtsextremismus</b> Ab 18.00 Uhr, Stadthalle Wittstock
Montag, 21.11.	<b>Stadtverordnetenversammlung Neuruppin</b> 18.30 Uhr, Ratssaal, Neues Rathaus, K.-Liebknecht-Str.
Montag, 28.11.	<b>Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes Die Linke. OPR</b> 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Donnerstag, 1.12.	<b>Beratung des Regionalvorstandes Die Linke. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen</b> 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str.1 <b>Beratung des Regionalvorstandes Die Linke. Wittstock</b> 18.30 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Freitag, 2.12.	<b>Weihnachtsfeier des RV Die Linke. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen</b> Ab 18.30 Uhr, Holzhausen-Gaststätte
Montag, 5.12.	<b>Beratung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadtverordnetenversammlung Neuruppin</b> 18.30 Uhr, Ratssaal Neuruppin <b>Beratung der Stadtfraktion Die Linke. Kyritz</b> 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1
Mittwoch, 7.12.	<b>Stadtverordnetenversammlung Kyritz</b> 18.30 Uhr, Kulturhaus Kyritz <b>Beratung des Kreisvorstandes Die Linke. OPR</b> 18.30 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13 <b>Sprechstunde von Kirsten Tackmann, MdB</b> (Änderungen möglich) 10.00-11.30 in Wittstock (Geschäftsstelle) 14.00-15.30 in Kyritz (Linkseck/Geschäftsstelle) 16.30-18.00 in Neuruppin (Bürgerbüro/Geschäftsstelle)
Donnerstag, 8.12.	<b>Beratung des Kreistages Ostprignitz-Ruppin</b> 16.30 Uhr, Oberstufenzentrum Neuruppin, Alt Ruppiner Allee 39
Montag, 12.12.	<b>Beratung der Stadtfraktion Die Linke. Wittstock</b> 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Dienstag, 13.12.	<b>Gesamtmitgliederversammlung und Weihnachtsfeier Wittstock,</b> 18.00 Uhr, Rathaus Wittstock
Mittwoch, 14.12.	<b>Stadtverordnetenversammlung Wittstock</b> 18.00 Uhr, Rathaus Wittstock
Freitag, 16.12.	<b>Weihnachtsfeier Die Linke. Regionalverband Fehrbellin</b> 18.00 Uhr, Hakenberg, Gaststätte am Denkmal

## Kontakte

**Dr. Kirsten Tackmann**, Bundestagsabgeordnete der Fraktion **DIE LINKE**. Sprecherin für Agrarpolitik, Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Tel.: 030 / 227 74 309, Fax.: 030 / 227 76 308  
Funk: 0173 / 38 04 592  
www.kirsten-tackmann.de

**Wahlkreisbüro Wilsnacker Str. 1, Kyritz**  
Wahlkreismitarbeiter **Hartmut Buschke** und **Anette Bock**  
Tel.: 033971 / 328 57, Fax.: 033971 / 328 93  
E-Mail: buschke@kirsten-tackmann.de  
Sprechzeiten von Kirsten Tackmann bitte im Wahlkreisbüro nachfragen.

**Dieter Groß**, Landtagsabgeordneter der Fraktion **DIE LINKE**. Sprecher für Kultur- und Sportpolitik; ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur; ordentliches Mitglied im Rechtsausschuss und im Richterwahlausschuss; stellvertr. Mitglied im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport und Landesjugendhilfeausschuss.  
Tel.: 0331/9661526, Funk: 0172 / 3500435  
www.dieter-gross.de

**Wahlkreisbüro Marktgasse 2, Wittstock**  
Wahlkreismitarbeiter **Anja Büchner** und **Christian Richter**  
Tel.: 03394 / 4997064, Fax.: 03394/4997065  
E-Mail: ra.gross@gmx.de

Bürozeiten: Mo/Mi 9.00-15.00, Di 9.00-11.00 u. 13.00-16.00, Do 11-18 Uhr.  
Sprechzeiten von Dieter Groß im Wahlkreisbüro Wittstock sowie in den Büros Pritzwalk, Neuruppin und Kyritz (Zeiten bitte im Wahlkreisbüro Wittstock erfragen).

### Bürgerbüro der Bundestagsfraktion **DIE LINKE**.

Wahlkreismitarbeiter **Joachim Behringer**  
Schinkelstr. 13, Neuruppin, Tel.: 03391/2383  
Sprechzeiten:  
Mo.-Mi. 10.00-14.00 Uhr  
Fr. 10.00-13.00 Uhr

### Vorsitzender der Kreistagsfraktion **DIE LINKE. Friedemann Göhler**

Tel.: 03391/2383, Funk.: 0176 /20627803  
Sprechzeiten jeden 2. und 4. Montag  
16.00-17.00 Uhr.

### **DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin** Kreisgeschäftsstelle Neuruppin

Schinkelstr. 13, Neuruppin  
Tel: 03391/655420; Fax: 03391/655422  
www.die-linke-opr.de.  
E-Mail: kv@linkspartei-opr.de  
Sprechzeiten Di. u. Do. 9-12 und 14-16 Uhr.  
Sprechzeit des Geschäftsführenden Vorstandes siehe Termine.

### **Geschäftsstelle Kyritz**

Wilsnacker Str. 1, Kyritz;  
Tel/Fax: 033971/72086;  
E-Mail: bock@linkspartei\_opr.de  
Sprechzeiten Mo.-Fr. 9.00 - 12.00 Uhr.

### **Geschäftsstelle Wittstock**

Marktgasse 2, Wittstock;  
Tel. 03394/4997066 Fax. 03394/4997068  
E-Mail: linke\_wittstock@t-online.de  
Sprechzeiten Di. 9.00 - 11.00 Uhr,  
Do. nach Vereinbarung

## Märkische Linke

Herausgeber: Kreisvorstand **Die Linke. OPR**, Verantwortlicher Redakteur: Ronny Kretschmer (V.i.S.d.P.); Redaktion: Lutz Geue, Christa Horstmann, Achim Müller, Jürgen Schubert, Giselher Trepte.

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

**Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 25.11.2011**  
**Erscheinungsdatum: 07.12.2011**